№ 404
A 171

Morgen-Ausgabe

Berlin

Dienstag, 26. August 1924

15 Pfennig

Gegründet 1704

Vossische Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder". Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt mit Kurszettel der Berliner Börse und amerikanischem Funkdienst, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Recht und Leben, Turnen — Sport — Spiel. Für Reise und Wanderung.

Wöchentlich 1.— Goldmark durch unsere Boten. Bezug durch die Post 4.20 Goldmark. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise in Goldmark: mm-Zeile 25 Pfennig, Familien-Anzeigen mm-Zeile 15 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmte Nummer

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteile): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 3600—3663, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3695. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Marx' Antwort an die Deutschnationalen

„Bereit, zu unterschreiben."

Im Verlaufe der gestrigen Aussprache im Reichstag über den Londoner Pakt ergriff Reichskanzler Dr. Marx das Wort, um die von den Führern der deutschnational-völkisch-kommunistischen Opposition erhobenen Angriffe und Beschuldigungen gegen die Reichsregierung und deren Haltung in London zu widerlegen, namentlich gegen die Ausführungen des Redners der Deutschnationalen, Dr. Hergt, wandten sich die schlagenden und eindrucksvollen Argumente des Kanzlers, der vor allem in entschiedenster Weise die unbegründeten und gehässigen Angriffe Hergts auf den Reichspräsidenten zurückwies. Die Rede des Reichskanzlers legte die ganze Schwäche der Hergtschen Argumente bloß und setzte ihrer unfruchtbaren Negation das starke Bekenntnis eines auf der Wirklichkeit fußenden, vom Glauben an die deutsche Zukunft erfüllten Staatsmannes entgegen. Wie tief er häufig in seiner schlagenden Beweisführung traf, bewiesen die zahlreichen wütenden Unterbrechungen der dadurch Betroffenen.

Am Schlusse seiner Rede erklärte Dr. Marx: „Wir sind bereit, am Samstag zu unterschreiben." Diese Worte können wohl nur dahin gedeutet werden, daß die deutsche Unterschrift am 30. d. M. auf jeden Fall erfolgen werde. Sie wurde auch von der Opposition, die bei dieser Stelle lärmenden Widerspruch erhob, in diesem Sinne aufgefaßt.

Reichskanzler Marx führte aus:

Der Abg. Hergt hat Angriffe gegen die Person des Reichspräsidenten gerichtet, die ich aufs tiefste beklage. Man kann aus den Ausführungen Hergts den Schluß ziehen, er habe dem Reichspräsidenten vorgeworfen, daß er bei seinen Maßnahmen und Entschließungen sich nicht lediglich von sachlichen, sondern von taktischen und parteipolitischen Gründen leiten lasse. Dagegen muß ich den allerschärfsten Protest erheben. Es wird niemandem gelingen, für diese unwahre Behauptung einen Beweis zu erbringen. Der Reichspräsident hat sich, wie ich aus meiner viele Monate langen Tätigkeit mit ihm zusammen glaube bezeugen zu können, durchaus von sachlichen Gesichtspunkten bei seinen Maßnahmen leiten lassen. Gerade die Partei, die so gern für die Autorität des Staates eintritt, sollte doch in erster Linie dafür sorgen, daß die Staatsautorität erhalten wird, indem sie nicht in dieser Weise gegen die Person vorgeht, die den Staat repräsentiert.

Daß seinerzeit den Deutschnationalen ein Ultimatum gestellt worden sei, ist durchaus unrichtig. Es ist damals bei den Verhandlungen allerdings, glaube ich, in rechtsgerichteten Presseorganen einmal die Behauptung aufgestellt worden, sie ist absolut unhaltbar. Hergt wirft der Regierung weiter vor, sie habe die Schuldfrage nicht entschieden genug behandelt. Ich kann in der Beziehung die Erklärung abgeben, daß wir bei jeder Gelegenheit, die uns irgend dazu angetan scheint, diese Frage zur Aussprache bringen. Ich weise auf das hin, was in der letzten großen Aussprache Kollege Dr. Stresemann gesagt hat. Wir sind der Meinung, daß nur auf dem Wege streng historisch-wissenschaftlicher Forschung ein erspriießliches Ergebnis möglich ist. (Gelächter rechts.) Mit diesem Lachen werden Sie zweifellos unsere Gegner nicht überzeugen. (Sehr richtig bei der Mehrheit!)

Was die Ausführungen von Herr Wulle zu einem großen Teil einer Entgegnung und eines Eingehens auf Einzelheiten entbehrlich erscheinen läßt, ist der Umstand, daß er sich, wie auch nicht anders zu erwarten war, und wie ich ihm bereits im Auswärtigen Ausschuß gesagt habe, lediglich auf negative Kritik eingelassen hat. Er hat uns in keiner Weise einen Weg angegeben, wie denn vorzugehen sei, wenn man nun einmal das Dawes-Gutachten abzulehnen bereit ist. **Wenn die Frage, wie Deutschland aus seiner außerordentlich drückenden Kreditnot befreit werden soll, nicht klipp und klar beantwortet wird, dann verbitte ich mir die Kritik.** (Große Unruhe rechts.)

Solange die Herren nicht in der Lage sind, einen besseren Weg vorzuschlagen, sage ich: wir billigen das Dawes-Gutachten in der Hoffnung, daß es uns auch wirtschaftlich Besserung bringen wird. Der Abg. Wulle ist in mancher Richtung über die Tatsachen nicht orientiert. Es ist ein starkes Stück, die Behauptung aufzustellen, wir hätten keine Urkunde über die Bereitwilligkeit Herriots zur Räumung der Ruhr mit nach Hause gebracht. In den Akten des Auswärtigen Amtes befindet sich ein Brief von Herriot an Macdonald, in dem die Räumung des Ruhrgebietes in höchstens zwölf Monaten zugesagt wird. (Zuruf bei den Nat.-Soz.: Das ist doch kein Vertrag!) Dieser Brief ist von mir angenommen worden. Der Kanzler verliest den Brief. (Unruhe und Zurufe rechts.)

Auf der anderen Seite befindet sich eine Urkunde, ein Memorandum der deutschen Regierung, in der ausdrücklich die Erklärung festgestellt wird, daß die beiden Ministerpräsidenten sich der Räumung der rechtsrheinisch besetzten Gebiete gleichzeitig mit der Räumung des Ruhrgebietes nicht widersetzen werden. Dieses Memorandum ist von den beiden Ministerpräsidenten unbeantwortet geblieben: sie haben, ihm also zugestimmt.

Es wird gesagt, daß die Ausführung des Sachverständigenplanes mit Friedfertigkeit und Loyalität erfolgen soll. Es handelt sich also um die Frage der Ausführung des Sachverständigengutachtens. Nun bitte ich diejenigen, die etwas von dem Gutachten gelesen haben, sich mal die Frage vorzulegen: Ist es möglich, sich einen Fall zu denken, wo bis zum August 1925 das Gutachten nicht ausgeführt wäre. (Sehr wahr! bei den Regierungsparteien.) Und zwar soll es sich um böswillige Zuwiderhandlungen handeln. Es gehört doch ein besonderes Stück dazu, sich einen Fall auszudenken, wo wir es wirklich böswillig fertigbringen könnten, das Gutachten bis zum August 1925 nicht auszuführen. (Lebhafte Zustimmung bei den Regierungsparteien.)

„Im Geist der Loyalität."

Es ist eine durchaus dem ganzen Geist der Abmachungen entsprechende Hinzufügung, daß alles, was geschieht, im Geist der Friedfertigkeit und Loyalität geschehen soll, **und die deutsche Regierung ist allerdings voll und ganz gewillt, das Gutachten in aller Loyalität und aller friedfertigen Gesinnung zur Ausführung zu bringen, soweit es ihr irgend möglich ist.** Was wir nun können zur Ausführung des Dawes-Plans, ist die deutsche Reichsregierung entschlossen auszuführen, und ich hoffe, daß sie der Reichstag unterstützt. (Beifall.)

Herr Hergt verlas „Stimmen aus dem besetzten Gebiet", er hat sich aber nur zu einer einzigen aufschwingen können, die er aus bestimmten Gründen zweimal zitierte. Es war immer dieselbe. (Heiterkeit.) Demgegenüber können wir zahlreiche Stimmen anführen, die die Aufforderung an die Herren richten, ein Ja auszusprechen und darin heißt es: „Wir Leidtragenden im besetzten Gebiet werden uns noch in letzter Zeit einsetzen für die Unterzeichnung". (Hört! Hört!) Die Delegierten haben Wert darauf gelegt und werden dieses weiter tun, dem Deutschen Volk über unsere Lage absolut volle Klarheit zu verschaffen. Wir haben es gerade, was die letzten sieben bis acht Jahre anlangt, sehr zu bedauern, daß das Deutsche Volk nicht immer über die Lage orientiert war (Lebhafte Zustimmung bei den Regierungsparteien).

Es ist versucht worden, durch Fanfaren- und Trompetengeschmetter das Volk in eine Begeisterung hineinzubringen, die recht bald wieder verflogen mußte. Von meinen Ausführungen vom Sonnabend habe ich auch nicht das Geringste zurückzunehmen, denn es ist auch nicht das Geringste versucht worden, um irgendwie die Unrichtigkeit meiner Ausführungen nachzuweisen. Ich sage noch einmal ganz offen: **Ich sehe allerdings die Entwicklung der Dinge außerordentlich pessimistisch an, wenn durch die Ablehnung im Reichstag die Londoner Abmachungen scheitern.** Sich mit dem Gedanken zu befreunden, es werde gelingen, in absehbarer Zeit, etwa in etwa ein bis zwei Monaten nochmals eine Konferenz zusammenzubringen, dazu gehört ein Optimismus, den ich nicht teile. Es ist tief bedauerlich, darin gebe ich den Herren recht, daß man öffentlich von der Reichstagstribüne aus so ernste Töne reden muß.

Die Herren zwingen mich, offen und frei alles darzulegen. Wir sind verpflichtet, alles wegzuziehen, was man dem Volk zu verheimlichen suchte. Nun ist davon gesprochen worden, daß wir leider den Rechtsgedanken allzu sehr hätten zurücktreten lassen und ihn nicht hinreichend betont hätten. Ich wundere mich eigentlich darüber, daß dieser Vorwurf erhoben worden ist, denn ich erinnere mich sehr wohl, daß, als ich vor einigen Wochen vor den Ausschuß erlaubte von Weltgewissen und öffentlicher Meinung, ich dann gerade von der rechten Seite mit Hohngelächter unterbrochen wurde.

Herr Hergt hat dann selber hervorgehoben, ich hätte allerdings zugegeben, es sei nicht viel errungen worden, aber es sei auch nicht mehr herauszuholen gewesen. Herr Hergt hat dann hinzugefügt, wir hätten eine große Einheitsfront der Alliierten gegen uns allmählich zusammengebracht. Worin dieser Vorwurf bestehen soll, ist mir etwas rätselhaft. Die Reden, die wir früher oft von deutschvölkischer Seite, auch heute noch von **Herrn Wulle gehört haben, die sind allerdings außerordentlich geeignet gewesen, eine solche Einheitsfront der Alliierten zu** schaffen. (Großer Lärm rechts.) **Ich glaube allerdings aus den verschiedenen Verhandlungen der Parlamente gerade in den letzten Tagen feststellen zu müssen, daß die Nationalisten in der französischen Kammer ebenso wie die Nationalisten hier im Reichstage sich gegenseitig die Bälle zuwerfen.** (Große Unruhe rechts, Abg. v. Griese ruft: Jammervolle Mäßchen!)

Die Einheitsfront in London.

Wir haben in London mehrmals die Entdeckung gemacht, daß, wenn wir mit den verschiedensten Vertretern der Länder auf den verschiedensten Gebieten ins Gespräch kamen, sich stets der unabwendbare Schluß ergab, daß wir, wenn wir uns nach Abbruch der Verhandlungen von London zurückziehen würden, uns einer vollständigen Einheitsfront der Alliierten gegenüber befunden hätten. Auch in den Gesprächen mit den Engländern und den Amerikanern wurde uns, wenn wir fragten, wie sie sich eigentlich zu den Dingen stellten, stets die Antwort gegeben, die Herren müßten uns den Rat geben, uns mit diesem Entgegenkommen Frankreichs zu begnügen. **Wir hätten die Front der Alliierten gegen uns nur fester zusammengeschmiedet, wenn wir uns darauf eingelassen hätten, die Verhandlungen abzubrechen und uns von der Konferenz zurückzuziehen.** Das konnten wir nicht tun, und konnten es nicht verantworten, diese Verantwortung konnten wir nicht auf uns nehmen.

Dann ist uns vorgeworfen worden, wir hätten in der Nacht vom 15. auf den 16. August den Umfall vorgenommen, ohne daß ein erkennbarer Grund dafür vorhanden war. Auch das ist vollständig unrichtig, und so ungern ich auf die Einzelheiten dieser Vorgänge eingehe, ich muß es tun, damit keine Legendenbildung sich einstellt. Wir haben uns, nachdem uns von französischer Seite gesagt worden war, daß nach der einstimmigen Meinung des französischen Kabinetts nur das eine Zugeständnis gemacht werden könne, daß das Ruhrgebiet mit dem bekannten Maximum von einem Jahre geräumt werden soll, allerdings dahin geäußert, daß wir mit einem solchen Minimum nicht nach Berlin zurückkommen könnten, und wir haben darauf aufmerksam gemacht, daß diese Entscheidung außerordentlich schwierig sei.

Es haben dann weitere Verhandlungen stattgefunden, und als wir nun einige Tage später erkannten, daß diese Vorschläge uns doch für uns erträglich schienen, so ist diese Erklärung von unserer Seite erfolgt, nachdem noch eine ganze Reihe weiterer Zugeständnisse uns gemacht worden war. Es kamen hinzu die Zugeständnisse wegen der Räumung von Dortmund, Lünen und Hörde; alle diese Zugeständnisse sind nur ganz allmählich und einzelnen gemacht worden; es kam hinzu die Räumung der Flaschenhälfte und der Gebiete, die mit dem Wegfall der Zollgrenze in Verbindung stehen, es kam hinzu die Erklärung wegen der Zurückziehung der Eisenbahner aus den linksrheinischen Eisenbahnen usw. Das waren alles Umstände, die uns doch in ihrer Gesamtheit dazu bestimmten, zu sagen, wir würden uns überlegen, ob wir nicht die Zustimmung des Berliner Kabinetts dazu erlangen könnten, und nachdem wir diese erlangt hatten, haben wir weiter erklärt, so schwer auch die uns gestellte Zumutung ist, müssen wir doch angesichts der ungeheuren Gefahr, die sich aus dem Abbruch der Verhandlungen ergab, uns damit begnügen und knüpften daran den Ausdruck der Hoffnung, daß auch die Räumung der Ruhr eher als nach dem Maximum eines Jahres stattfinde.

Wenn Sie allerdings in ihrer Agitation in den Tonarten fortfahren, wie bisher, und auf diese Weise Frankreich weiter Stoff zu seiner ((Großer Lärm auf der Rechten, Zurufe. Den Kampf nehmen wir auf! Und das ist der Kanzler des Deutschen Reiches! — Glocke des Präsidenten, Gegenrufe der Sozialdemokraten) weiter Stoff zu seiner Furcht und zu seinen Garantieforderungen geben, so richten Sie gewaltiges Unheil an und verhindern die angebahnte Verständigung."

Einige weitere Ausführungen Hergts muß ich etwas sonderbar finden. Einmal hat er gesagt, es seien die Handsverträge absolut getrennt gehalten worden von den Vereinbarungen über die Ruhr. Ich muß sagen, gerade das war unsere Absicht! Wir sind daran gegangen in voller Ueberlegung und haben uns gesagt: **Gerade diese hochpolitischen Fragen, die Lebensfragen für einen großen Teil des deutschen Volkes sind, die Fragen der Räumung der Ruhr, sollen in keiner Weise verknüpft werden mit irgendwelchen handelspolitischen Abmachungen.** Wie haben den größten Wert darauf gelegt. — Sie mögen darüber nun wieder in Hohn ausbrechen — und haben gerade bei Herriot volles Verständnis gefunden, indem er sagte: „Ich lasse mich in meinen Erklärungen durchaus nicht von irgendwelchen wirtschaftlichen Momenten leiten und lasse von meinen ersten Erklärun-